



## Haushaltsrede

Martin Peters, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sitzung des Städteregionstags am 8. Dezember 2022

**\*\*\*\*\*Es gilt das gesprochene Wort!\*\*\*\*\***

—  
Sehr geehrter Herr Städteregionsrat Dr. Grüttemeier,

liebe Kolleginnen und Kollegen Städteregionstagsmitglieder,

—  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Pandemie geschuldet, haben wir bei den Haushaltsverabschiedungen für die Jahre 2020 und 2021 keine Debatte geführt und keine Haushaltsreden gehalten. Die politische Erörterung darüber, welcher Weg der richtige für die StädteRegion Aachen ist, und wie wir diesen mittels des Haushalts beschreiben, haben wir lediglich im schriftlichen Umlaufverfahren geführt.

— Dass wir dies mit der heute zu führenden Haushaltsdebatte beenden, ist sicherlich als zu begrüßende Rückkehr in den demokratischen Diskurs zu werten.

Da wir sonst immer in etwa 20 Minuten pro Redner gesprochen haben, und das die letzten beiden Jahre nicht tun konnten, wollte ich Ihnen – liebe Kolleginnen und Kollegen – aber gleich zu Beginn die Sorge nehmen, dass ich nunmehr aus Kompensation 60 Minuten rede. Aber 10 Minuten, wie vorher mal angefragt, werden es auch nicht. Diskurs braucht eben auch Zeit, also lehnen Sie sich zurück, entspannen sie sich und genießen sie es.

Ich sagte es bereits, dass wir es sehr begrüßen, wieder ausgiebig debattieren zu können. Was wir von der SPD-Fraktion weniger begrüßen, ist der Rückfall in politische Gräben, die wir mit den letzten beiden Haushalten zu überwunden geglaubt haben.

Ich darf den Vorsitz der SPD-Fraktion nunmehr seit 2012 führen. In dieser Zeit haben wir sechs von der Verwaltung vorgelegte und von der politischen Mehrheit getragenen Haushalte abgelehnt und zweien unsere Zustimmung erteilt.

Die Haushalte, denen wir unsere Zustimmung gegeben haben, waren die letzten beiden für 2021 und das laufende Jahr. Für den heute zu verhandelnden Haushalt wird es so sein – und das will ich bereits vorwegnehmen - dass die SPD-Fraktion dem von der Verwaltung vorgelegten und von der CDU-geführten Mehrheit getragenen Konzept die Zustimmung nicht erteilen können.

Die Verhandlungen zu den beiden vergangenen Haushalten waren geprägt von zwei großen Krisen. Die Corona-Pandemie und ein Jahr später auch die

Hochwasserkatastrophe in Stolberg, Eschweiler, Aachen, Roetgen und Herzogenrath.

Im Laufe dieses Jahres hatten wir die Hoffnung, wieder zu einer Art „Normalzustand“ zurückkehren zu können – zurückkehren zu dürfen.

Es war vermutlich allen klar, dass wir mit Corona – ähnlich einer schweren Grippe – würden leben müssen. Aber wir hatten gehofft, uns nicht permanent im Krisenmodus zu befinden.

So ist es leider nicht gekommen. Zwar konnten wir das letzte Jahr glücklicherweise tatsächlich ohne größere pandemiebedingte Einschränkungen verbringen und in weiten Teilen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wieder wie früher zusammenkommen, doch Corona begleitet uns weiterhin, wenn auch in der Wahrnehmung nicht mehr in dem Ausmaß wie noch vor einem Jahr. Und auch die Folgen der furchtbaren Flutkatastrophe sind für die betroffenen Kommunen bis heute spürbar und werden uns noch viele Jahre begleiten.

Von einem „Normalzustand“ sind wir unterdessen jedoch noch weiter weggekommen, aus Gründen, die wir vor einem Jahr nicht voraussehen konnten.

Ganz im Gegenteil: Die Herausforderungen sind sogar noch einmal gewachsen: Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Putins auf die Ukraine am 24. Februar dieses Jahres sind auf dem gesamten Globus

spürbar und bestimmen den Alltag und das politische Handeln auch in unserer Region.

Viele Menschen kamen auf der Suche nach Schutz zu uns in die Städteregion, um sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Die Solidarität mit der Ukraine war und ist riesig in der Region. Die regionsangehörigen Kommunen (und auch viele Bürgerinnen und Bürger) sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Dabei sind viele Kommunen bis an die Grenze der Belastbarkeit gegangen, um allen Schutzsuchenden eine sichere Unterkunft bieten zu können.

Ein besonderer Dank gilt Peter Joeris, der in diesem Jahr die Leitung des Ausländeramtes übernommen hat. Das Ausländeramt war zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Herrn Joeris ein Amt mit einer – sagen wir mal – sehr schwierigen Reputationslage. Aus Kritik ist in den letzten Monaten allerdings zahlreiches Lob von allen Seiten geworden und das unterstreicht, dass Herr Joeris und seine Mitarbeiter:innen sich bei der Transformation des Ausländeramtes auf einem sehr guten Weg befinden. Das ist in Zeiten verstärkter Fluchtbewegungen durch den Krieg in der Ukraine und den Klimawandel nicht selbstverständlich und sollte daher herausgehoben erwähnt werden.

Die durch den Krieg verursachte Energiemangellage, die Putin wie eine Waffe gegen uns einsetzt, hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Versorgungssicherheit. Wir alle, egal ob Privatpersonen, Unternehmen oder Behörden, sind angehalten, Energie zu sparen und mit jeder eingesparten Kilowattstunde zur Stabilisierung der Versorgung beizutragen.

Die Energiekrise wirkt zudem wie ein Brandbeschleuniger auf Inflationsraten, die sich im Laufe des Jahres immer wieder selbst übertroffen und schlussendlich eine nie gekannte Höhe erreicht haben. Die Kostenexplosionen betreffen jede und jeden einzelnen von uns und so ziemlich sämtliche Bereiche des täglichen Lebens: Lebensmittel, Gas, Öl, Strom, Benzin – es gibt eigentlich kaum noch Dinge unseres täglichen Bedarfs, die *nicht* teurer geworden sind.

Während all dessen nehmen auch die anderen Herausforderungen nicht ab: Der Klimawandel nimmt immer mehr an Fahrt auf hin zur Klimakatastrophe. Lange Sommer mit warmen Temperaturen und wenig Regen, wie der vergangene, klingen erst einmal schön. Aber diese extremen Hitzerekorde und beispiellosen Dürren sorgen auch für trockene Böden und niedrige Pegel bis hin zu ausgetrockneten Bächen, Flüssen und Seen. Das erhöht allerdings auch die Gefahr für weitere Überschwemmungen, wenn die Böden, insbesondere in unserer Region, ihre Aufnahmefähigkeit für Wasser weiter verlieren.

Bricht man diese Krisenlage auf unsere Region herunter, so kann man sehr konkret beschreiben, wo sie wie ein Brennglas auf die von uns zu gestaltende Lebenssituation wirkt.

Unsere Region hat einen erheblichen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Dies ist ein sozialpolitisches Großproblem, das durch steigende Boden-, Bau-, Miet- und Kaufpreise nicht mehr nur arme Menschen betrifft, sondern

längst in der Mittelschicht, insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern, angekommen ist.

Die SPD- Fraktion wäre dem gerne begegnet, indem man weitere Investitionen in die soziale Wohnraumversorgung im städteregionalen Haushalt verankert.

In Aachen fallen in den nächsten Jahren tausende Wohnungen aus der Sozialbindung. Ähnliches gilt für die regionsangehörigen Kommunen. Dann dürfen bisher preiswert vermietete Wohnungen teurer vermietet werden. Viele Menschen, die jetzt noch in einer bezahlbaren Wohnungen leben, müssten dann ausziehen, weil sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, und auf dem derzeit ohnehin schon völlig leergefegtem Wohnungsmarkt irgendwo eine neue Bleibe suchen. Wir haben deswegen vorgeschlagen, die GWG mit weiteren 500.000,- EURO Kapital auszustatten, um noch mehr Wohnraum in der StädteRegion schaffen zu können.

Die CDU-geführte Koalition und Städteregionsrat Grüttemeier sehen in diesem Bereich nicht nur keinerlei eigene Initiativen vor, ihr war und ist dieses Problem nicht einmal eine Diskussion wert.

Wir wollen den Menschen doch zeigen, dass wir ihre Probleme zumindest angehen, wenn wir sie schon nicht umfänglich lösen können.

Die Energiepreise sorgen dafür, dass die Nebenkosten zwischenzeitlich die Höhe der Miete erreichen oder sie sogar übersteigen. Als Langfristeffekt der

kriegsbedingten Preissteigerungen wird Wohnenergie in Deutschland dauerhaft teurer bleiben als vor dem Ukraine-Krieg.

Und da müssen wir gar nicht weit wegschauen. Selbst unsere eigenen Mitarbeiter:innen bei der Städteregion Aachen in den niedrigen einstelligen Entgeltgruppen, werden im Verlauf dieses Winters vor die Situation gestellt sein, dass sie beim Jobcenter aufstockende Leistungen beantragen können/müssen, um ihre Energiekosten bezahlen zu können.

Die Initiative „Warm ums Herz“ in allen Ehren. Aber das allein kann doch nicht die politische Antwort auf ein gesellschaftliches Problem sein, was ggfs. dauerhaft auch unsere eigenen Beschäftigten betrifft.

Die Antwort der SPD ist hier mehr preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Die CDU und der Städteregionsrat machen an der Stelle nichts in diesem Haushalt.

Gute Politik, die man im Haushalt abbildet, hätte für uns auch bedeutet, Menschen mit besonderen Bedürfnissen mitzudenken. Die Pflegebedarfsplanung stellt erneut fest, dass in unserer Region Kurzzeitpflegeplätze fehlen. Ein Problem, das vermutlich jeder hier entweder selbst oder aber aus dem näheren Umfeld kennt: die eigene pflegebedürftige Mutter ist nach einem Krankenhausaufenthalt für eine begrenzte Zeit auf stationäre Betreuung angewiesen oder der Vater kann vorübergehend nicht zu Hause betreut werden. Kurzfristig einen geeigneten Kurzzeitpflegeplatz zu finden gestaltet sich mitunter schwierig. Ein Einstieg in diese Entlastung für pflegende Angehörige, um sich zu erholen und neue Kräfte zu tanken, hat es dank der

ablehnenden Haltung der CDU ebenfalls nicht in den Haushalt geschafft. Unser Vorschlag, ein Pilotförderprogramm zur Schaffung von solitären Kurzzeitpflegeplätzen aufzulegen, wurde und wird mit der Beschlussfassung des Haushalts abgelehnt.

Schade, dass sich CDU und Städteregionsrat mit ihrer Politik nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, selbst wenn es sich dabei um offiziell festgestellte Bedarfe handelt.

Als ich eben den Klimawandel als höchste Eskalation der Krisen, denen wir zu begegnen haben, erwähnt habe, tat ich dies in dem Bewusstsein, dass unser Haushaltskonzept an mehreren Stellen Antworten auf diese Herausforderung gegeben hat.

Eine davon war die Ausweitung des Baumpflanzprogramms um weitere 1.000 Bäume. Leider wiesen die Kollegen von der CDU diese Idee mit dem Argument zurück, dass die StädteRegion Aachen nicht mehr über ausreichend Flächen verfügen würde, auf denen man diese Bäume anpflanzen könne.

Die Phantasie, dass man den regionsangehörigen Kommunen anbieten könnte, auf ihren dafür geeigneten Flächen mit städteregionalen Mitteln Bäume anzupflanzen, hat man wohl bei den CDU-Kolleg:innen nicht.

Dabei ist es dem Baum – als fühlendem Wesen – nun wahrlich egal, ob er mit städteregionalem Geld auf einer Forstfläche der Gemeinde Simmerath angepflanzt wird! Er würde trotzdem, oder gerade deswegen, fröhlich



Photosynthese betreiben und damit unsere regionales Mikro- und Makroklima verbessern.

Das dritte große gesellschaftliche Problem, das ich – neben zu wenig bezahlbarem Wohnraum und Klimawandel – ansprechen möchte ist, der allgegenwärtige Fachkräftemangel, den wir in allen Bereichen spüren. In der StädteRegion wird er schon längst nicht mehr nur beim Pflegepersonal spürbar. Ob Grundschullehrer:innen, Erzieher:innen in der KiTa, Mitarbeiter:innen in der technischen bzw. Bauverwaltung oder ganz einfach Fachkräfte für die allgemeine Verwaltung. Die StädteRegion Aachen als Beschäftigungsträger selber merkt an allen Ecken und Enden, wie schwierig es ist, das nötige Personal zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsver- und Vorsorge, sowie des Bürger:innen-Services zu finden und vor allem zu binden.

Ich wage sogar die These aufzustellen, dass dieser Fach- und Arbeitskräftemangel inzwischen ranggleich mit der Energieversorgung unsere Hauptherausforderung bei der Bewältigung des Strukturwandels und des Erhalts unserer industriellen Infrastruktur sein wird.

Haben wir vor 10 Jahren noch befürchtet, dass uns der Ausstieg aus der Braunkohle Heerscharen von arbeitslosen Menschen bescheren wird, so steht jetzt eher zu befürchten, dass wir für alle Sektoren des Arbeitsmarktes, insbesondere aber den öffentlichen und den industriellen Sektor, nicht genügend Fach- und Arbeitskräfte in der Region haben werden.

Die SPD hätte gerne Geld im Haushalt verankert, um diesen Problemen auf mehreren Ebenen zu begegnen.

Wir wollten ein Konzept finanzieren, um Menschen, die die Hochschulen unserer Region verlassen, zur StädteRegion Aachen zu lotsen.

Wir wollten uns weiter beim Thema Gewinnung von Fachkräften für die StädteRegion Aachen engagieren.

Stattdessen wollte die CDU lieber Unternehmen bzgl. ihres Mobilitätsmanagements fördern und Mobilfunknetzanalysen für teures Geld durchführen lassen, die seitens der Bundesnetzagentur längst vorliegen.

Das lässt meines Erachtens den Schluss zu, dass bei CDU und Städteregionsrat die Dramatik dieser Entwicklung noch nicht angekommen ist und man hier einen nachrangigen Fokus setzt.

Kolleginnen und Kollegen,  
in diesem volatilen Dauerkrisenmodus, mit noch unbekanntem Auswirkungen auf die kommunalen Finanzsituationen, sind wir nun gefordert, den Spagat zwischen Krisenbewältigung und Zukunftsfähigkeit zu meistern und einen tragfähigen Haushalt für 2023 aufzustellen, um für die 550.000 Menschen in der StädteRegion auch im kommenden Jahr gute Politik zu gestalten.

Was „gute Politik für die Menschen in der StädteRegion“ ist, da geht unser Verständnis aber offenbar weit mit der CDU-geführten Koalition auseinander.

Wir hätten uns gewünscht, den guten Weg der Zusammenarbeit aus den vergangenen beiden Jahren fortführen zu können. Im Rheinland sagt man: „Einmal ist keinmal, zweimal ist Zufall und dreimal ist Tradition“... das wollte die CDU wohl um jeden Preis verhindern. Eine andere Schlussfolgerung können wir jedenfalls aus der Blockadehaltung, mit der die CDU von vorneherein in die – ich will es mal so nennen – Verhandlungen gegangen ist, nicht ziehen. Um diese zu beschreiben, möchte ich gerne ein Bild bemühen, das gut in die aktuelle Vorweihnachtszeit passt: Zwei von drei Parteien kamen zu den Gesprächen mit schön geschmückten Bäumen und eine mit einem nackten Baum. Eine Partei hatte statt konstruktiver Verhandlungen jedoch nichts anderes im Sinn, als einer der beiden anderen Parteien den Schmuck vom Baum zu reißen. Eine Haltung, die unserer Meinung nach weniger der Sache als dem Prinzip oder politischem Kalkül geschuldet ist.

Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwächsten.

Angesichts astronomischer Energiepreise und weiter steigender Lebensmittelpreise, die den Menschen – nicht nur – in der StädteRegion Existenz- und Zukunftsängste bereiten, denken wir, dass gute Politik bedeutet, den Problemen der Menschen zu begegnen, wo immer das möglich ist.

Dazu gehören für uns unverhandelbar weitere Investitionen in die soziale Wohnraumversorgung.

Dazu gehörte das Pilotprojekt Kurzzeitpflege.

Dazu gehört sich der Bewältigung des Fachkräftemangels anzunehmen.

Dazu gehören verstärkte Initiativen zur Bewältigung des Klimawandels.

Angesichts der multiplen Herausforderungen, vor denen wir stehen, dürfen wir uns nicht selbstgerecht zurücklehnen und auf vergangenen Erfolgen ausruhen. Die gute Politik der letzten Jahre muss ständig fortgeführt werden. Dazu wären CDU und Städteregionsrat nicht bereit. Daher können wir als SPD-Fraktion den Haushalt für 2023 in dieser Form leider nicht mittragen.

Abschließend möchten wir natürlich noch allen Mitarbeitenden der Verwaltung unseren Dank aussprechen. Das vergangene Jahr war von vielen Projekten geprägt, die ohne die 2.200 Mitarbeitenden nicht möglich gewesen wären. Wir bitten den Personalrat und die Behördenleitung diesen Dank weiterzugeben.

Hervorzuheben sind im Kontext der Haushaltsberatungen Herr Claßen und seine Mitarbeiter:innen von der Kämmerei, die wir allerdings diesmal nicht ganz so strapaziert haben, wie in den beiden vorhergehenden Jahren.

Ich wünsche den 69 demokratischen Kolleg:innen und den Mitarbeitern der Verwaltung um Herrn Dr. Grüttemeier eine schöne restliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2023.

Es war und ist mir eine Freude mich auf dieser Ebene mit Ihnen über den besseren politischen Weg zu streiten.

Glückauf!